

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Institutionen angenommen.

# Danziger Zeitung.

Wir ersuchen unsere geehrten Leser, ihr Abonnement pro IV. Quartal 1867 auf die „Danziger Zeitung“

rechtzeitig erneuern zu wollen. Man abonnirt auswärts bei den nächsten Postanstalten, in Danzig in der Exped., Ketterhagergasse No. 4.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Angelommen 1 Uhr Nachmittags.

Florenz, 26. Sept. Garibaldi ist in der Festung Alessandria definitiv worden. Die Deputirten der Linken protestiren gegen dessen Gefangennahme. In der letzten Nacht sind 70 Personen verhaftet worden. Die Nationalgarde ist aufgeboten. Jetzt herrscht hier Ruhe und auch die Provinzen sind ruhig. Wenn Garibaldi die Entzägung seiner Projekte verweigert, ist zum 5. Oct. die Einberufung einer außerordentlichen Parlaments-Session wahrscheinlich.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung. Hannover, 25. Sept. Der Oberpräsident Graf von Stolberg-Wernigerode hat dem Provinziallandtage die Zustimmung gegeben, S. M. dem Könige den Beschluss des Provinzialständiges betr. die Umwandlung des Domänenfonds zu einem hannoverschen Provinzialfonds zur Genehmigung unverzüglich anempfohlen zu wollen.

Karlsruhe, 25. Sept. Auf der Insel Mainau, wo, wie bekannt, der König von Preußen am 27. d. und die Königin morgen zum Besuch der großherzoglichen Familie eintreffen, werden auch demnächst der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin von Preußen erwartet.

Wien, 25. Sept. Die „Debatte“ meldet: Die von den Subcomitess beider Deputationen vereinbarten Punctionen sind vom Plenum angenommen worden. Die Referenten der beiden Deputationen sind gegenwärtig mit der Redaction des Schlusprotocolls beschäftigt, dessen Festsättigung in gemeinsamer Sitzung erfolgen soll. Alsdann wird der Verhandlungsschluss unterzeichnet werden.

London, 25. Sept. Der City-Artikel der „Times“ enthält die Mittheilung, daß das Comits der Fondsüberse auf eine bezügliche Anfrage erklärt hat, die Stockörsche werde die neue spanische Auktion erst dann notiren, wenn entweder für die alten Auktionen die Dividenden bezahlt würden, oder ein befriedigendes Arrangement getroffen sei.

London, 25. Sept. Die Firma Waller, Hamilton & Comp. in Manchester und Glasgow hat ihre Bedlungen eingestellt. — Nachrichten aus New-York, welche per „City of Baltimore“ eingegangen sind, melden, daß das Gericht curst, der Präsident wolle den Congress aufzulösen. Das gelbe Fieber wütet in New-Orleans mit ungeminderter Kraft. Ein heftiger Regen hat ein Drittel der Baumwollenernte in Georgia und Carolina vernichtet.

Florenz, 25. Sept. Gestern Abend haben hier einige Aufläufe und Demonstrationen gegen die Verhaftung Garibaldis stattgefunden, wobei es zu Ruhesbrüchen gekommen ist. Zahlreiche Parouellen durchziehen die Stadt und sind mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

Florenz, 24. Sept. Die „Gazzetta Uffiziale“ zeigt die Verhaftung Garibaldis mit folgenden Worten an: Die Regierung, bestrebt ihre Pflicht zu erfüllen und das von ihr Namens Italiens gegebene Wort aufrecht zu erhalten, hat die Invasion von Freiwilligen nach dem Kirchenstaat verhindert und Garibaldi verhasst und nach Alessandria führen lassen.

Petersburg, 25. Sept. Das „Journal de St. Petersburg“ demonstriert in den schärfsten Ausdrücken das von der „St. freien Pr.“ veröffentlichte Promemoria betr. eine angebliche Unterredung des Kaisers von Russland mit Juad Pascha, und fügt hinzu, Russland habe zuerst die Mächte zur Herbeiführung eines Einverständnisses in der orientalischen Frage eingeladen, es beharrte in der Ueberzeugung, daß eine solche Uebereinlichkeit das einzige und beste Pfand für eine friedliche, gerechte und dauernde Lösung der orientalischen Verwicklungen sei. Das Petersburger Cabinet habe sich in gewissem Maße den Wünschen der großen continentalen Mächte genähert; es sei entschlossen, auf diesem Wege vorzuschreiten.

Frankfurt a. M., 25. Sept., Nachm. 2½ Uhr. Sehr still. Neue Badische Prämienanleihe 94. Nach Schluß der Börse Credit-Actien 171½. 1860er Rothe 67½, Staatsbahn 226½.

Wien, 25. Septbr. Unbelebt, Schluß fest. Credit-Actien 180. 10. Nordbahn 169. 00, 1860er Rothe 82. 75, 1864er Rothe 73. 75 Staatsbahn 236. 40, Baltier 212. 50 Napoleon'sd'or 9. 91.

Paris, 25. Sept., Nachm. 1 Uhr. 3% Rente 69. 30, Italienische Rente 49. 05, Credit mobilier 210. 00, Amerikaner 88.

Frankfurt a. M., 25. Septbr. Nachm. 1 Uhr. Unbelebt. 1860er Rothe angeboten. Amerikaner 76½—76½. Credit-Actien 171½, Steuertreie Anleihe 47½. 1860er Rothe 68, National-Anleihe 52, Staatsbahn 226½, Bayerische Prämien-Anleihe 97½, Neue Badische Prämienanleihe 94.

London, 25. Septbr. Küches Wetter. — Aus New-York vom 23. d. Ms. Abends wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109½, Goldgros 42½, Bonds 114½, Illinois 121, Eriebahn 60½, Baumwolle 24, raffiniertes Petroleum in Philadelphia, Type weiß, 33. — Der Bremer Dampfer „Teutonia“ ist am letzten Sonnabend und der Hamburger Dampfer „Teutonia“ in letzter Nacht aus Europa angelommen. — Aus New-York vom 24. d. Ms. Abends wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109½, Goldgros 43, Bonds 114, Illinois 121, Eriebahn 60, Baumwolle 24, raffiniertes Petroleum in Philadelphia, Type weiß, 32. — Geld knapp. — Der Liverpooler Dampfer „Java“, „Tarifa“ und „City of New-York“ sind aus Europa eingetroffen.

## Norddeutscher Reichstag.

8. Sitzung am 25. September.

Die Tribünen sind besetzt, die Tische des Bundesrathes leer. — Präf. Simson hält einige Urlaubsgefaue mit, dar-



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Gr. Ausdruck 1 Thlr. 10 Gr.   
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, in Leipzig: Eugen Hart, H. Engler in Hamburg, Hassenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruck.

# Beitung.

unter das des Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) auf 8 Tage, um häusliche Angelegenheiten zu ordnen; es folgen Wahlprüfungen. Gelegentlich der Wahl des Abg. Stavenhagen (Nieder-Greifenhagen) liegen verschiedene Proteste gegen die Wahl vor, welche jedoch von der Abteilung nicht für erheblich erachtet wurden. Ein Protest beschwert sich darüber, daß der Landrat Stavenhagen, obwohl er nicht selbst Wahl-Commissar gewesen, die Wahlacten zuerst an sich habe einliefern lassen, mehrere Tage behalten und dann erst an den Wahl-Commissar abgeliefert; daß er in Form amtlicher Veranmachungen seine Wahl empfohlen und so ungefährliche Beinflussungen gelöst habe, und dgl. — Die Wahl wird ohne Debatte für gültig erklärt, jedoch werden einige Proteste dem Bundespräsidium zur weiteren Veranlassung überwiesen.

Gegen die Wahl des Abg. Kannicker im Wahlkreis Crefeld liegen mehrere Proteste vor; u. A. wird angeführt, daß in vielen Wahllokalen, ja sogar über dem Tische des Wahlorstandes Platze, teilweise vor den Wahlvorsteher selbst, angeklebt worden wären, die unter der Überschrift „Warnung“ erklärt, daß nur Stimmen für den Abg. Kannicker abgegeben werden dürften. Die 3. Abth hält dies Verfahren zwar für ungültig und taktlos, aber nicht für ungesetzlich und so erheblich, daß das Resultat der Wahl dadurch beeinträchtigt werden könnte. Ebenso hält die Abteilung mehrere bei der Wahl gemachte Bestechungsversuche, die theils durch Versprechen von Gelb, theils durch Versprechen von freier Beche, in einem Falle auch von einem Polizeiverwalter, ausgeübt worden sind, nicht für geeignet, um eine Ungültigkeit der Wahl zu motivieren, da sie erfolglos gewesen sind. Die Abteilung beantragt deshalb: 1) die Wahl für gültig zu erklären, 2) die in dem Protest referirten Bestechungsversuche dem Bundeskanzler zur Herbeiführung einer gerichtlichen Untersuchung zu übergeben. — Das Haus tritt dem Autrage ohne Debatte bei.

Eine längere Debatte erhebt sich über die Wahl des Abg. Krieger (Posen). Es sind gegen die Gültigkeit der Wahl Proteste aus verschiedenen Ortschaften eingelaufen, in welchen, abgesehen von anderen weniger erheblichen Thatsachen, behauptet wird, daß in einem Wahlbezirk die Wahl um 8 Uhr Abends, als die Sonne schon untergegangen, stattgefunden, daß in einem andern „mehrere“ Chefsäulen in Vertretung ihrer Männer die Stimmzettel abgegeben, ebenso ein Vater für seinen Sohn, — der Wahlvorsteher habe diese Beile angenommen, weil die Männer „gute deutsche Patrioten“ seien; — daß von mehreren Personen in den Wahlstellen angegeben sei, sie hätten ihre Stimme abgegeben, trotzdem dieselben am Tage der Wahl am Wahlort gar nicht anwesend gewesen seien; daß in der Zusammensetzung der Wahlvorstände nun in deren Behältern bei der Wahl schwere Verstöße gegen das Wahl-Reglement vorgekommen; daß endlich erst am Tage der Wahl eine Menge deutscher Wähler in die Wahlstätte eingetragen und demgemäß zur Wahl zugelassen seien. — Die Abteilung hat nach Prüfung der Wahlacten eine nochmalige Beurteilung des gesamten Stimmverhältnisses angestellt und diejenigen Stimmen, bei deren Abgabe nach den Behauptungen der Proteste Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, in Abzug gebracht. Nichtsdestoweniger bleiben dem Abg. Krieger bei Zusammensetzung des Gesamt-Resultats 12 Stimmen über die absolute Majorität. Die Abteilung beantragt daher die Gültigkeit der Wahl und Überweisung des einen Protestes, in welchem behauptet wird, daß Bestechungen vorgekommen, an den Bundeskanzler zur weiteren Veranlassung.

Abg. Ausfeld beantragt Beanstandung der Wahl. Wenn so große Verstöße gegen die Bestimmungen des Wahlreglements vorkommen, wie bei dieser Wahl, so genügt es nicht, einzelne Stimmen in Abzug zu bringen, sondern es muß der ganze Wahlact für ungültig erklärt werden. Es müssen also zu dem Zwecke die in den Protesten behaupteten Thatsachen genau untersucht werden. — Abg. Kantak: Alle die in den Protesten erhobenen Beschwerden verdienen um so mehr eine genaue Untersuchung, weil sie gerade in Posen vorgekommen sind, wo der Druck und die Beeinflussung der Regierung doppelt so groß als in anderen Provinzen ist. — Abg. Twesten: weist die Gültigkeit der Krieger'schen Wahl durch eine Majorität von mindestens 10 Stimmen selbst in dem Falle nach, wenn alle von dem Abg. Kantak angezeigten Stimmen als ungültig gerechnet werden, und macht auf die Werthlosigkeit der einzelnen Proteste aufmerksam, weil sie vollständig unbeweist geblieben. — Abg. Kantak: Ich will nicht — wie der Dr. Vorredner behauptet — wegen einzelner Unregelmäßigkeiten den ganzen Wahlact cassiert wissen, sondern beantrage nur, eine bestimzte Zahl von Stimmen für ungültig zu erklären. Auf die von Seiten der Regierung ausgeübte Beeinflussung habe ich nur in so fern Gewicht gelegt, als ich für die Posener Wahlkreise eine doppelt sorgfältige und strenge Peßierung wünsche. Wenn der Abg. Twesten dadurch, daß ich nur 2 Männer von Chefsäulen genannt habe, die an Stelle ihrer Männer Stimmzettel abgegeben haben, zu dem Glauben veranlaßt wird, es wären überhaupt nur 2 derartige Fälle vorgekommen, so ist das eine willkürliche Annahme, die durch nichts gerechtfertigt wird. Ich glaube deshalb, trotz aller persönlichen Achtung vor dem Abg. Krieger, der Reichstag ist es sich selbst schuldig, die Wahl zu beanstanden. — Abg. Ausfeld: Dem Abg. Twesten bemerkte ich, daß nach Abzug der als ungültig bezeichneten Stimmen nicht 12, sondern nur 9 als Majorität für den gewählten Abgeordneten bleibten. Daß die von den Chefsäulen abgegebenen Stimmzettel wirklich in die Urne gekommen sind, beweist die Übereinstimmung der Liste mit der Anzahl der vorhandenen Stimmen.

Abg. Passler: Nach meiner Berechnung müssen wenigstens 24 Stimmen für ungültig erklärt werden, um die Wahl zu kassieren, während bis jetzt nur 4 bis 5 Stimmen bestimmt in Abzug zu bringen sind. Entscheidend müssen mithin die beiden generellen Proteste sein, von denen der eine behauptet, der Wahlact wäre erst spät Abends begonnen und geschlossen

worden, während der andere eine Anzahl von Stimmen für ungültig erklärt wissen will, welche von den Chefsäulen abgegeben worden seien. In beiden Protesten vermisse ich genaue Angaben, und vermuthe, daß absichtlich eine bestimmte Angabe von Zahlen verdeckt wurde, um die Geringfügigkeit derselben zu verschleiern. Ein deutscher Jurist würde die Proteste ganz anders substantiiert haben, um ihnen irgend welche Bedeutung zu geben.

Abg. Kantak: Die Proteste sind auch nicht von einem deutschen Juristen, sondern von polnischen Tagelöhnnern verfaßt, welche die Thatsachen zusammengestellt haben, so gut sie es vermochten. Keinesfalls ist der Abg. Passler berechtigt, denselben Abschlußlichkeit in der Ungenauigkeit ihrer Angaben zuschreiben. — Abg. Passler: Wie mir mitgetheilt worden, sind die Proteste nicht von Landleuten, sondern von einem polnischen Notar aufgenommen. — Abg. Kantak: Ich bitte den Hrn. Vorredner, sich hier durch den Augenschein zu überzeugen, daß sich die notarielle Unterschrift nur auf die Beigabeigung der eigenhändigen Unterzeichnung bezieht. (Graf Bismarck tritt ein.)

Bei der Abstimmung wird der Abtheilungsantrag auf Gültigkeitserklärung der Wahl mit geringer Majorität angenommen. Für die Beanstandung der Wahl stimmen: die Polen, die Linke, die bündestaatlichen Constitutionellen, die freie Vereinigung, u. A. die Abgg. v. Dokum-Dolfs, Kratz, zur Megebe, Lefèvre, einige National-Liberale, u. A. Meyer, Thorn, Lauth u. s. w. und einige Conservative, z. B. v. Sehdevitz, v. Auerswald; für die Gültigkeit der Wahl stimmen das Centrum, die Mehrzahl der National-Liberalen und der Conservative. Die übrigen Wahlprüfungen geben zu längeren Diskussionen keine Veranlassung, eine Reihe von Protesten, in denen ungefährliche Wahlbeeinflussungen erwähnt sind, werden dem Bundeskanzler zur Herbeiführung einer gerichtlichen Untersuchung überwiesen. — Der Präsident theilt schließlich mit, daß der Bundeskanzler mehrere auf die Etatsberatung bezügliche Fragen bereits beantwortet habe, und daß die Verträge überwiegend sind, welche mit einzelnen Bundesstaaten über den Nachlaß an den Normalbeiträgen für das Bundesheer von 225 Rpf. pro Kopf abgeschlossen sind. — Am Freitag beginnt die Vorberatung über das Budget.

## Parlamentarische Nachrichten.

OC. Das Bundespräsidium hat sich belästigt, auf die Anfragen bezüglich des Bundeshaushaltsets vor Beginn der Plenarberatungen zu beantworten; so hat es auf die Anfrage einzelner Mitglieder erklärt: 1) die Errichtung eines Rechnungshofes werde beabsichtigt, da aber die Revision der Rechnungen der Hauptstädte noch erst im Jahre 1869 beginnen würde, sei eine dahin ziellende Gesetzesvorlage erst für das Jahr 1868 in Aussicht genommen; 2) die Nothwendigkeit der Berufung des Reichstages zu einem Termin, welcher es erlaube, daß sowohl der Reichstag, als die Landtage der Einzelsstaaten die Etatgesetze rechtzeitig beschließen könnten, werde anerkannt und werde besonders darauf Beacht genommen werden, daß der Reichstag zu einer andern Zeit des Jahres, als der gegenwärtigen zusammenentrete; 3) daß für das Jahr 1868, wenn es sich in der Beratung als wünschenswert herausstellen sollte, nicht nur die Titel des Hauptstads, sondern auch die Specialetats bezüglich der Rechnungslegung und verfassungsmäßigen Entlastung als maßgebend angesehen werden sollten; 4) daß eine nähere schriftliche Motivierung einzelner Positionen in den Etats der Post- und Telegraphenverwaltung — soweit solche unter den obwaltenden Verhältnissen überhaupt gegeben werden können — erfolgen werde. Ebenso werde eine nähere Erläuterung der Dispositionssöns zur Errichtung neuer Consulate und der Marine mitgetheilt werden.

OC. Von den Abgg. v. Forckenbeck, v. Hennig, Dr. Stephani und Twesten werden folgende Anträge bei der Vorberatung über den Haushaltsetat des Norddeutschen Bundes eingebrochen: (Bur Generaldiscozession) der Reichstag wolle erklären: 1) Der Haushaltsetat des Nord. Bundes ist regelmäßig dem Reichstage spätestens sechs Monate vor Beginn des Etatjahres zur verfassungsmäßigen Beschlussvorlegung vorzulegen, damit die Feststellung des Bundeshaushaltsets gesetzmäßig erfolgen kann und den einzelnen Staaten die erforderliche Zeit zur Feststellung ihrer Budgets verbleibt. 2) Etats-Uberschreitungen und außeretatsmäßige Ausgaben sind im Laufe des Jahres nach dem Etat-Jahre, in welchem sie erfolgt, mit einer Übersicht der wirklichen Einnahmen und Ausgaben dem Reichstage zur Beschlussfassung vorzulegen. 3) Mit Rücksicht auf Art. 70 der Bundesverfassung sind die Einnahme- und Ausgabe-Reste eines jeden Etatjahres in dem ersten auf den Kostenabschluß für dasselbe folgenden Etatentwurf als Einnahme und Ausgabe vorzulegen. 4) Die Errichtung neuer Behörden oder Beamtenstellen, sowie die Erhöhung von Beamtengehältern darf nicht ohne vorgängige Bewilligung des Reichstages durch den Haushaltsetat oder durch ein besonderes Credit-Gesetz erfolgen.

RC. Die Fraktionen der freiconservativen Vereinigung und des Centrums sagten heute den Beschluss: ohne eine Verschmelzung der beiden Fraktionen in allen hervorragenden Fragen gemeinsam zu beraten und nach den gefassten Beschlüssen bei den Plenarbeschlüssen zu stimmen, um dadurch bei der Abstimmung ein fühlbares Gewicht hervorzubringen.

## Politische Übersicht.

Die Unternehmungen der Actioospartei gegen Rom scheinen einzuweichen durch die Gefangenennahme Garibaldis ins Stedten gebracht zu sein. Mit ziemlicher Sicherheit aber läßt sich wohl annehmen, daß gleichwohl die römische Frage aus dem Stadion der Stagnation heraustrreten werde. Es heißt schon jetzt, daß Frankreich, um sich Italien zu versichern, geneigt sei, Concessions zu machen. Man spricht von Verhandlungen wegen einer Änderung des Septembervertrags. Das Ziel der Verhandlungen soll auf die Ver-

ständigung zwischen beiden Staaten über die Bedingungen gerichtet sein, unter welchen Italien in den Besitz des Neißes des Kirchenstaates gelangen könne. Rom würde die Residenz des Papstes bleiben und nach Einigen eine Selbstständigkeit nach Art der deutschen freien Städte, nach Anderen nur eine communale Selbstständigkeit erhalten. Der "Standard" vom 22. d. M. deutet selbst an, daß ein neues Uebereinkommen bei unvorhergesehenen Eventualitäten nöthig sein würde. Diese Angelegenheit — sagt die "Kreuzztg.", welche über diese Verhandlungen ebenfalls berichtet — hat für uns besonders deshalb ein Interesse, weil sie das Anzeichen von Concessione ist, welche Frankreich an Italien zu machen geheigt scheint, um sich des Beistandes des neuen Königreichs zu vergewissern. In Italien selbst werden neben der in Florenz erscheinenden "Italie" Flugblätter verbreitet, die zu einer Lösung der römischen Frage in diesem Sinne und zur Allianz mit Frankreich auffordern. Uebrigens würde diese Richtung der französischen Politik nur die Erfüllung des Programmes sein, welches die bekannte Broschüre: „Le Pape et le Congrès“ im December des J. 1859 arregte. Herausgeber dieser Flugschrift war Herr La Guerrière; daß dieselbe aber vom Kaiser Napoleon veranlaßt, wenn nicht selbst verfaßt war, wurde damals als eine ausgemachte Sache betrachtet und auch in offizieller Weise gar nicht bestritten.

BAC. Berlin, 25. Sept. [Das Bundesbudget.] Die Bevölkerung des Bundesgebietes ist vorbehaltlich der genaueren Feststellung, welche die im December d. J. stattfindende Volkszählung ergeben wird, auf 30 Millionen berechnet. Danach wird der Bestand der Armee verfassungsmäßig ohne Offiziere und Beamte 300,000 Mann betragen. Der Vermehrung der Bundesarmee gegen die frühere preußische Armee entsprechend ist auch der Militäretat im Ganzen und in seinen Hauptpositionen gegen den letzten preuß. Etat ungefähr um die Hälfte der früheren Summen gewachsen. Der Etat für 1867 schloß mit 44 Millionen R. ab. Nach der Bundesverfassung sind für die Armee bis 1871 jährlich 225 R. auf den Kopf der Mannschaften, also 67,900,000 R. zur Verfügung gestellt. Durch besondere Verträge sind aber den meisten kleineren Staaten, von Oldenburg und Weimar abwärts, für eine Reihe von Jahren Nachlässe zugestanden, welche für 1868 auf 1,082,427 R. berechnet sind. Danach ist die Einnahme für die Militairverwaltung statt auf 67½ Million, auf 66,417,573 R. und eben so hoch die Ausgabe veranschlagt. Den Summen der Voranschläge sind überall die etatsmäßigen Formationen und Einrichtungen zum Grunde gelegt, wie weit diese aber schon wirklich in's Leben getreten sind oder in nächster Zeit durchgeführt werden, läßt sich nicht ersehen. Ueberhaupt ist auch der Militäretat viel weniger detaillirt und motivirt, als früher geschah. Die außerordentlichen Ausgaben — zu Festungsbauten, anderen Neubauten, außerordentlichen Anschaffungen &c. — sind diesmal sehr eingeschränkt; während sie früher 2½ Millionen zu betragen pflegten, sind sie für 1868 nur auf 1,702,960 R. beziffert. Etwas abweichend von der Uebersicht, welche der Kriegsminister dem ersten Reichstage mittheilte, wird die Bundesarmee nach dem Etat aus 115 Inf.-Regimenter, 16 Jäger-Bataillonen und 75 Cavalierie-Regimentern bestehen; die Feld-Artillerie zählt 196 Batterien. Von den Mannschaften kommen auf die Infanterie 202,171, auf die Cavallerie 53,421, auf die Artillerie 31,493, auf die Pioniere 6539, auf den Train und einige besondere Formationen ungefähr 6000. Dazu treten 12,696 Offiziere. Wie weit diese wirklich vorhanden, läßt sich aus dem Etat nicht ersehen. Auch der willkürliche Bestand der Mannschaften wird durch Beurlaubungen und spätere Einstellung der Recruten für einen Theil des Jahres erheblich vermindert werden. Die Besoldungs-Etats der Regimenter sind bei der Infanterie um etwa 12,000 R., bei der Cavallerie um 600 R., bei der Artillerie um 14,000 R. gegen den früheren Etat erhöht. Das ist zum größten Theil aus der Sold erhöhung von 6 R. jährlich für Unteroffiziere und Gemeine zu erklären. Ueber die angekündigte Aufbesserung der Lieutenant-Gehalte giebt der Etat keine Auskunft; nur beim Ingenieur-Corps ist der Gehalt der Premier-Lieutenants mit 420 R. statt früher 360 R. und der Seconde-Lieutenants mit 396 R. statt früher 336 R. ausgeworfen. Der Pensions-Etat für Offiziere und Invaliden beläuft sich auf 5½ Millionen. Die Ausgabe für Servis ist von 1,972,849 R. im preuß. Etat von 1867 auf 4,707,000 R. gestiegen, also weit mehr als verdoppelt, so daß eine beträchtliche Erhöhung der Servisgelder beabsichtigt zu sein scheint. (Forts. f.)

AC. Berlin, 25. Sept. [Aus den neuen Provinzen.] „Was sich die neuen Provinzen erzählen“, nimmt sich in den nach Berlin gefandnen Altenstücken gar seltsam aus. Wir haben oft über die altbureaucratische Bielschreiberei Preußens gellagt. Aber das ist doch nichts gegen den bisherigen Zustiegang Kurhessens. Was da für Restchen ankommen! gleich 200 unerledigte Sachen für die dritte Instanz; Wechselprozesse von zwei Jahren, die mit der Mahnung „geschwind“, „eitissime“ hierher gesandt werden. Wie ganz anders in Hannover. Von da sind nur zwei Sachen erschienen; und das sind neue, nicht alte, unerledigte. Welch rasche einfache Procedordnung muß dort herrschen! wie wenig Bielschreiberei! Welches Vertrauen muß die Bevölkerung in den Zustiegang des Landes gehabt haben, daß sie fast niemals eine Sache bis zur dritten Instanz trieb. Man sage nicht: „was kann von Hannover Gutes kommen?“ Es ist deutsches Land mit der rothen Erde der alten Schöppengerichte. Es ist deutsches Verdienst, weshalb sollte da Preußen nicht etwas lernen und es für die Justizreformen benützen. Zum Lernen gehört allerdings Fähigkeit und guter Wille.

\* [Graf Eulenburg] soll sich, wie die LO. mittheilt, der Auflösung des Abgeordnetenhauses so lange als möglich widerstehen, Graf Bismarck dagegen darauf bestanden haben.

[Die deutschen Standesherren] haben sich, wie die „Kreuzztg.“ hört, an das Präsidium des Norddeutschen Bundes gewandt, um für ihre innerhalb des früheren deutschen Bundes garantirten Rechte seitens des Norddeutschen Bundes diejenige Garantie zu erhalten, welche ihnen der aufgeloßte deutsche Bund nicht mehr zu gewähren vermag.

Hannover, 23. Sept. [In der heutigen Sitzung des Provinzial-Landtages] fand sich Dr. v. Lenthe abermals berufen, sein Welfenthum zu bekunden, indem er bei Berathung des Domänen-Ablösungsgesetzes darauf hinwies, daß Se. Maj. König Georg V. heute über's Jahr wieder in Hannover sein werde, weshalb man das Gesetz so einzurichten habe, daß es die Allerhöchste Billigung dieses Herrn finden könnte. Das genannte Gesetz verstatte dem Fiscus auf Ablösung zu provociren und giebt den Verpflichteten die Befugniß, ein Ablösungscapital zum 20fachen an die Stelle des 25fachen Betrages des Jahreswertes der

Reallasten zu zahlen, und wenn sie davon keinen Gebrauch machen wollen, ihre Verbindlichkeit, diesen Jahreswert in fester Geldrente 41 Jahre an den Fiscus zu entrichten. Der Landtag beschloß den Gesetzentwurf durch eine Commission von neun Mitgliedern prüfen zu lassen.

England. London, 23. Sept. [Die Fenier in Manchester.] Die Polizei hat wieder ein ganzes Dutzend von Verhaftungen in Manchester vorgenommen, auch einen grohartigen, aber ziemlich erfolglosen Kreuzzug gegen einen angeblichen Schlupfwinkel der beiden entwichenen Fenierhäupter organisiert. 50 Constabler, mit Revolvern bewaffnet, und an ihrer Spitze 2 Magistratspersonen, die als Freiwillige mit in den Kampf zogen, rückten vor ein Haus im Ancoatsviertel, einem von vielen Irlandern bewohnten Stadttheile. Das Gebäude wurde umstellt, und als auf den Befehl, zu öffnen, von Innen keine Antwort in Rede oder That erfolgte, wurden die Thüren gesprengt und sofort alle Gemücher des Hauses besetzt. Man fand nichts, als einen Mann und 2 Frauen, die verhaftet wurden, außerdem einige Papiere, deren sich die Polizei bemächtigte. Es sollen jedoch die Spuren der hastigen Flucht mehrerer Personen erkennbar gewesen sein. Die Nachbarschaft war in großer Unruhe, die Läden wurden geschlossen, und die Straßen füllten sich mit einer aufgeregten, wenn auch friedlichen Menge. Die Rückwirkung der Begebenisse in Manchester gibt sich auch leider schon in Irland kund. Auf den Hügeln der Grafschaft Cork leuchteten Nachts Feuerfeuer empor, um die Befreiung Kelly's und Deasy's, so wie die Flucht des Feniercaptains Osborne oder O'Brien aus dem Gefängnisse von Clonmel zu feiern, und Bollshäuser ziehen hinter Musilbanden militärischen Schrittes über die Landstraßen. Die Constablerschaft ist noch nicht eingeschritten.

Frankreich. Paris, 23. Sept. [Vorbereitungen in Betreff Rom's.] Es sind alle Anstalten getroffen, um sofort die Division Camou, die sich in Marseille befindet, und 4000 Mann, welche in Toulon liegen, nach Civita-Bechia einschiffen zu können. In Florenz hat man Kenntnis von den Absichten der franz. Regierung, und dies scheint Rattazzi hauptsächlich bestimmt zu haben, gegen Garibaldi und seine Leute energisch einzuschreiten.

Amerika. △ Newyork, 7. Sept. Die energischen Männer, welche das Volk der Vereinigten Staaten während des Bürgerkrieges in den Congress gewählt hatte, in der Hoffnung, daß dieselben alle Kräfte der Union zur Niederwerfung der Secession anstrengen würden, haben offenbar nicht die Qualification für das Vermittleramt, wie viele derseligen Maßregeln beweisen, mit welchen der Süden seit Beendigung des Krieges heimgesucht wurde. Die durch einen vierjährigen Bürgerkrieg gesteigerte Ehrbitterung der Gemüther war zu groß, als daß überall ruhige Überlegung bei den Geschäftsmännern maßgebend sein konnte, welche für den niedergeworfenen Süden Gesetzeskraft hatten. Wenn man die Zustände in unserer Republik objectiv überseht, so wird man es ein Glück für unser großes Gemeinwesen nennen müssen, daß dem ruhigen milden Lincoln nicht ein Mann folgte, der blindlings die mitunter harten Maßregeln der Radikalen in der Legislative genehmigte. Das heftige Temperament Johnsons hat ihn oftmals zu verlehrten oder taktlosen Handlungen hingezogen; — im Großen und Ganzen aber wird der spätere Geschichtsschreiber anerkennen müssen, daß der Präsident durch sein Auftreten gegenüber manchen Maßregeln der radikalen Partei wohlthätig für die Bundesrepublik wirkte. Gerade in der deutschen Presse hat Johnson die mindeste Anerkennung gefunden; denn die meisten in den Vereinigten Staaten wohnenden freiheitliebenden Deutschen nahmen Partei für die Antislaverei-Faktion, und gerade wir Deutschen haben leider auch in der Politik die Neigung, die Consequenz aus dem Prinzip zu ziehen. So kam es, daß selbst eine unthöre Maßregel Anerkennung in dienen deutschen Journalen fand, welche die eigentliche Ursache des Umsturz in der öffentlichen Meinung auch in den Reihen der republikanischen Partei ist. Ich spreche von jener Bill, welche den Negern das Stimmrecht verleiht, dieses höchste Bürgerrecht aber allen Weißen entzieht, welche sich direct oder indirekt an der Rebellion beteiligten. Nach diesem Gesetz haben nur diejenigen Weißen im Süden das Stimmrecht, welche aus dem Norden einwanderten; dann Jefferson Davis halte befann sich während der Rebellion alle Weißen im Alter von 16 bis 65 Jahren zum Dienste bei der Fahne gezwungen, und wer nicht aktiv dienen konnte, wurde anderweit im 3. teresse der Konföderation verwendet. — Horace Greeley, Eigentümer der „New-York Tribune“, erhob sich zuerst gegen dieses Gesetz der Parteiwillkür, welches trotz des Vetos des Präsidenten durch die radikale Congreßmajorität angenommen wurde, und proponierte: Allgemeine Amnestie an alle Weißen, dagegen allgemeines Stimmrecht, auch den Negern, und daß diese Aktion Boden gewonnen, beweist der Auffall der Wahlen an allen Orten. Ueberall weist die Abstimmung Verlust für die Radikalen auf. California gab noch vor 2 Jahren 20,000 Majorität für das radikale Ticket; bei den letzten Wahlen haben die Demokraten 7000 Majorität. Connecticut gab vor 2 Jahren 11,000 Majorität für die Radikalen, in diesem Jahre siegten die Constitutionellen mit kleiner Majorität. Es ist kaum zweifelhaft, daß auch New-York und Pennsylvania gegen die Radikalen sich entscheiden werden, wie denn auch Kentucky einen so entschiedenen Sieg der Demokraten aufweist, wie seit den letzten 20 Jahren nicht. Diese Thatsachen sprechen; das Volk will ehrliche Versöhnung mit dem Süden, namentlich aber wünscht es, daß den Bänkereien um „Reconstruction“ ein Ende gemacht und an Reform unseres unfrüchten Prohibitoryzolls gegangen werde. Hierzu werden sich freilich die New-England Yankees nicht verstehen, so lange die Congreßmajorität auf ihrer Seite ist. — Der Präsident soll übrigens aus dem Ausfall der Wahlen die Überzeugung gewonnen haben, daß das Volk seiner Politik beiflichtet; und es verlautet, daß er mit einer allgemeinen Amnestie-Proklamation hervortreten werde. Durch eine solche Amnestie würde den Weißen im Süden das Stimmrecht wiedergegeben werden; es sprechen sich daher die radikalnen Zeitungen sehr energisch gegen allgemeine Amnestie aus, resp. verwahren sie sich dagegen, daß durch dieselbe das Stimmrecht erworben würde\*). — Der Handel mit Coolie's (Chinesen) nimmt immer noch weiteren Fortgang, trotzdem die Behörden aufgefordert sind, gegen den neuen Slaven-Handel einzuschreiten. Die Bundes-Regierung hat in Folge dessen aufs Neue die resp. Beamten aufgefordert, auf Strengste diesen unsaubern Handel zu überwachen. — General Grant hat durch seine Beziehungen zu Andrew Johnson die Radikalen gegen sich aufgebracht. Wendell Phillips, der „Entscheidene“ unter diesen, ließ sich in einer zu Boston gehaltenen Rede also über dieses Thema vernehmen: Möge ich kein Grant-Bewunderer Johnson mehr einen

\*) Der Telegraph hat bereits den Erfolg der qu. Proclamation gemeldet.

tölpelhaften Schulen nennen, denn Johnson hat Wiz genug gefunden, den Mustergeneral zum Narren zu halten, dessen Schwäche für höchste Weisheit galt — dessen Cigarrendampf als höchste Staatskunst passirte. Es gab einmal ein Thier, welches für einen Löwen gehalten wurde, bis es laut wurde.“ In der That! Eine größere Deutlichkeit im Schimpfen sind wir selbst hier kaum gewohnt. — Sämtliche Einwanderer müssen ein sogenanntes Kopfgeld (von 3 R.) entrichten, welches dazu bestimmt ist, etwa krank Werbende angemessen zu versorgen. Gegen dieses Kopfgeld ist schon vielfach geifert worden, dennoch konnte man die Abschaffung derselben bisher noch nicht durchsetzen. Neuerdings sind nun auch noch Klagen darüber laut geworden, daß die Verwaltung dieser Gelder sehr „hankchhaft“ sei; und daß außerdem die Deutschen, Franzosen, Spanier &c. kurz alle nicht englisch Redenden, keine Krankenwärter sänden, denen sie sich anders als durch Zeichen verständlich machen könnten. Eine Untersuchungs-Commission ist in Folge der vielfachen Klagen niedergesetzt worden.

Danzig, den 26. September.  
[Marine.] Corvetten-Captain Kinderling ist zum Commandeur-Maate 2. Kl. zum Unter-St. der Seewhr, Hannemann, Vice-Feldw. vom See-Bat., zum Sec.-St. der Seewhr des See-Bats. befördert.

\* Das Directorium der preuß. Bank hat, wie wir bereits mitgetheilt haben, ihre Contoire und Commandituren angetauscht, bei denen die Nummer verlegt oder unleserlich ist, oder bei denen der Name des ansässigen Beamten nicht mehr erkennbar ist. So hart diese Maßregel klingen mag, so liegt es doch ganz in der Hand des Publikums, sich dagegen zu schützen. So lange noch die Silberwährung besteht, sind die Noten ein nothwendiges Uebel, um größere Summen leicht transportiren oder versenden zu können, und eben deshalb sollte man mit denselben besser umgehen und sich Taschen dazu halten, in welchen sie nicht zerkratzt und zerrissen werden. Namenlich sollten die Herren Kaufleute ihr Personal anhalten, sich Brieftaschen zum Transport der Noten zu halten und nicht gestatten, daß dieselben in Portemonnaies hineingeworfen oder ungeordnet in die Taschen gesteckt werden, wodurch Papiergeleicht verlegt und dessen Realisirung mit großen Umständen verbunden werden kann. Es giebt wohl kein Material, auf welchem Noten gedruckt werden könnten, das einer solchen Behandlung widerstehen könnte.

\* Die Direction der Danziger Privat-Bank beabsichtigt, wie man uns mittheilt, die bis jetzt in Umlauf befindlichen Hundert-Thaler-Noten, welche auf rosa Papier mit unbestimmtem Rande gedruckt sind, einzuziehen und durch neue zu ersetzen. Die dessalige Bekanntmachung dürfte in diesen Tagen erfolgen.

\* Auf der Danzig-Neufahrwasser Eisenbahnen, welche in einigen Tagen dem öffentlichen Verkehr übergeben werden wird, werden, wie wir bereits mitgetheilt haben, die Böge von und nach den genannten Orten zu folgenden Tageszeiten abgelassen:

Von Danzig (Schützenhaus)	nach Neufahrwasser:
Erster Zug 7 Uhr 55 Min. Morg.	8 Uhr 37 Min. Morg.
Zweiter " 10 " 18 "	9 " 11 " 19 "
Dritter " 12 " —	12 " 45 " Nachm.
Vierter " 2 " —	2 " 45 " Nachm.
Fünfter " 4 " 30 "	6 " 16 " Abends.
Sexteter " 8 " —	8 " 45 "

Darnach hat man nach Ankunft in Neufahrwasser, um mit dem nächsten Böge wieder zurückfahren zu können, beim 1. und 2. Böge nur je 30 Minuten Zeit, beim 3., 4. und 6. Böge je 33 Min., beim 5. Böge aber 1 Stunde 34 Min. Von Neufahrwasser kommend, hat man dagegen beim 1. Böge 1 Stunde 29 Min. Zeit bis zum nächsten von hier abgehenden Böge, beim 2. Böge 46 Min., beim 3. Böge 1 Stunde 3 Min., beim 4. Böge 1 St. 33 Min., beim 5. Böge 1 St. 30 Min. Die Bewohner von Neufahrwasser sind daher wohl im Stande, ein Geschäft bis zum Abgänge des nächsten Böges abzuwickeln, die Geschäftleute von Danzig müssen aber, mit Ausnahme des 5. Böges, jedesmal den zweiten Böge zur Rücksicht abwarten; dadurch stellt sich die Aufenthaltszeit von Ankunft in Neufahrwasser an bis zum Abgang des zweitnächst abgehenden Böges beim 1. Böge von hier auf 2 Stunden 53 Min., beim 2. und 3. Böge auf 2 St. 15 Min., beim 4. Böge auf 4 St. 4 Min., beim 5. Böge auf 4 St. 3 Min. Diese Einrichtung scheint uns nicht zweitmäßig zu sein; 1½ Stunden Aufenthaltszeit würden wohl für die Geschäftleute beider Orte zur Abwicklung ihrer Geschäfte genügen, und man braucht dann zur Hin- und Rückreise nur 2 Stunden. Ferner sei hier darauf aufmerksam gemacht, daß die Bewohner von Neufahrwasser, welche Kinder in die hiesigen Schulen schicken, die Eisenbahn dazu nicht gut benutzen können, weil die Abgangszeiten der Böge auch hierzu ungünstig sind. Endlich wäre es gewiß billig und wünschenswerth, wenn Tagesbillets zu ermäßigten Preisen ausgegeben würden; es würde dann unzweckhaft die Frequenz sich erheblich vermehren.

— [Taxis-Ermäßigung für Kartoffeln.] Wegen der Kartoffelmärkte in Ostpreußen hat der Handelsminister angeordnet, daß die R. Direction der Ostbahn für alle Kartoffeltransporte in Wagenladungen von mindestens 100 C. welche in der Richtung nach Ostpreußen zur Förderung kommen, nur den Satz von 1 R. per C. und Weit' nebst einer Expeditionsgebühr von 1 R. per 100 C. zur Berechnung zu ziehen hat. Diese Tarifermäßigung, welche bis Ende Juli f. J. in Kraft bleiben soll, tritt sofort ein.

○ Marienwerder, 25. Sept. [Wahl. Gasanstalt. Appell.-Gericke-Präsident.] Die bevorstehende Wahl zum Abgeordnetenhaus ist der siebente Wahlact, den der Wahlkreis Stuhm-Marienwerder seit dem Juli v. J. vorzunehmen hat, denn wir haben nach dem 3. Juli, wo John und Wendisch zu Abgeordneten gewählt wurden, noch einmal im Winter zusammentreten müssen, weil John sein Mandat nicht eingelegt. An seiner Stelle wurde Kurtius gewählt. Außerdem haben wir in diesem Jahre zwei Mal zum Reichstag gewählt und jedes Mal eine engere Wahl vornehmen müssen. Die jetzt bevorstehende Wahl zum Abgeordnetenhaus wird wegen der Aufstellung eines Candidaten, auf den sich die liberalen Parteien vereinigen können, nicht ohne Schwierigkeiten sein. — Die Gasanstalt-Gesellschaft fördert ihre Arbeiten ganz ungemein, so daß Aussicht vorhanden ist, daß am 15. December die Beleuchtung mit Gas in den Straßen und Wohnungen zur Ausführung kommen wird. Augenblicklich ist man mit dem Legen der Röhren beschäftigt, bei welcher Gelegenheit das Straßenspaziergängen zugleich möglichst verbessert wird. — Die erste Präsidentenstelle beim hiesigen Appellationsgericht diente vor dem 1. Januar 1. J. nicht besetzt werden; als Candidaten für dieselbe werden hier der Vizepräsident des Kammergerichts Swiergert und der des ostpreuß. Tribunals Becker, so wie der Präsident des Stadtkreises in Berlin, Breithaupt, genannt. — Im Gym-



Heute Morgen 5½ Uhr wurde meine liebe Frau Bertha geb. Zimmermann von einem träftigen Mädchen glücklich entbunden.  
Danzig, den 26. September 1867.  
(7458) C. O. Reimann.

Gestern Abends 9½ Uhr starb zu Elbing unser geliebter ältester Sohn Paul, 18 Jahre alt, am Typhus.  
Dieses zeigen Verwandten und Freunden tief gebeugt an.  
(7497) Pfarrer Klebs und Frau Schönea, den 24. Septbr. 1867.

**Auction**  
Dienstag, d. 1. Octbr. 1867,  
Vorm. 10 Uhr, auf dem  
Heringshofe der Herren F.  
Boehm & Co. über  
200 To. norwegische Kaufmanns-  
Heringe,  
50 To. norweg. Mittel-Heringe,  
30 Christiania-Heringe,  
ex "Thekla", Capt. Nas-  
mussen.  
(7408)

**Mellien. Joel.**

Die L. Saunier'sche Buchhandlung  
**A. Scheinert in Danzig,**  
Langgasse No. 20, nahe der Post,  
macht auf ihr reichhaltiges Lager von  
**Deldruckbildern**,  
welches durch neue Zusendungen der besten Er-  
zeugnisse dieses Artikels vervollständigt ist, hier-  
mit ganz ergebnis aufmerksam. Geschmackvolle  
Gold-Baroque-Rahmen sind stets vorrätig.  
Als beliebtester Zimmerschmuck können  
diese schönen Kunstwerke zu passenden Ge-  
schenken bei jeder Gelegenheit empfohlen werden.  
Abonnement auf  
(7469)

Göthe's Werke.

Aukw. in 30 Lief., compleat in 90 Lsg.  
a 2 Sgr.

L. Saunier'sche Buchhdlg. **A. Scheinert.**  
Neue wohlseile Originalausgabe  
(7468)  
Heinrich Heine's Werke  
in Lief. a 5 Sgr. Abonnem. in der L. Saunier-  
schen Buchh. **A. Scheinert**, Langgasse  
No. 20.

So eben erschien und traf ein:  
**Jagd-Büchlein**

für Dilettanten oder angehende Jagdliebhaber.  
Enthalten das Wissenswerte des Jagdwesens im Allgemeinen, Belehrung über Jagd-  
gewebe, deren richtigen Gebrauch, Anleitung  
ein gütiger Schüte zu werden, Behandlung der  
zur hohen und niedern Jagd erforderlichen Hunde-  
racer und viele andere beachtenswerthe Gegen-  
stände nebst einem erläuternden Wörterbuch der  
Waidmannssprache. Bearb. v. B. Petermann.  
8°. geh. Preis 15 Sgr.

**E. Doubberck,**  
Buch- u. Kunsthändig., Langenmarkt No. 1.  
Kalender pro Anno 1868  
erhielt und empfiehlt  
(7446)

J. W. v. Kampen,

Kaltgasse No. 6, am Jacobstor.

In unserem Verlage ist so eben erschienen:  
**Preußischer Terminkalender**  
für das Jahr 1868.  
Sechzehnter Jahrgang.  
Zum Gebrauch für Justiz- u. Verwaltungsbeamte.

Mit Verzeichniß der Justizbeamten, ein-  
schließlich der Referendarien und An-  
ciennetätslisten derselben.  
Mitgetheilt aus dem Bureau des Justiz-  
Ministeriums.

Auf satinirtem Papier in Kattun elegant ge-  
bunden mit seinem Bleistift Preis 22½ Sgr., durch-  
schossen Preis 27½ Sgr.

Berlin, 15. September 1867.  
Königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Deder)  
Wilhelmsstraße No. 75.

In Danzig vorrätig in der L. Saunier'schen Buchhdl. **A. Scheinert.**

**Musikalien-Leih-Anstalt**  
von  
**A. Habermann**,

Kunst- und Musikalien-Handlung,  
**Gr. Scharrmacherg. 4.**  
empfiehlt sich zu zahlreichem Abonnement zu günstigsten Bedingungen.  
(5853)

Vollständig assortiertes Lager neuer Musicalien.

**Frische Rüb- u. Leinpfichten**  
beste Qualität empfiehlt billigst frei ab den  
Bahnhöfen und ab hier  
(7175)

**R. Baecker** in Mewe.

Wallnay No. 6, 1. Thüre v. Woll, ist 1 möbl.  
Borderstube für 2 R. monatl. an einen  
anständ. Herrn od. Dame v. 1. Octbr. cr. z. verm.  
Fünf Schuh starke Pflanzlasten, zwischen 12  
bis 14 Fuß Höhe, zum Theil mit starken  
Kronen und ein Schuh Ahorn, von 15 bis 20  
Fuß Höhe, sind zu haben Dom. Subkau.

Sonntag, den 29. d. M. Nachmittags 4 Uhr, findet bei nur irgend günstigem  
Wetter das Concert der vereinigten Sänger und zwar **NUR im Schützen-**  
**garten** statt.

Entrée 5 Sgr., auch sind Billets zu demselben Preise in den Buch- und Blas-  
fotien-Handlungen der Herren Doubberck, Eisenhauer, Habermann, Homann,  
Saunier, Weber und Ziemienski, in den Conditorien der Herren Grenzenberg,  
a Porta und Sebastiani, bei Herrn Seitz im Schützenhause zu haben.

**Das Comité.**

**Filzhüte** in verschiedenen Farben und den neuesten Formen,  
**Seidenhüte** in der neuesten Pariser Form dauerhaft und geschmackvoll gearbeitet,  
**Filzschuhe**, Stiefeln, Galoschen, in anerkannter guter Qualität, empfiehlt  
**Robert Upleger**,

(7452)

Bestellungen werden unter meiner Leitung schnell und gut ausgeführt. Reparaturen billig und gut.

**Wilhelmshöhe.**

Gesellschafts-Capital 250,000 Thaler  
in 1250 Anteilen à 200 Thlr.

Verzinsung à 5 pCt. und außerdem  
ansehnliche Dividende.

Dauer der Gesellschaft 4 Jahre.

Bezeichnungstellen bei den Herren

**Baum & Liepmann, Danzig.**

C. N. Engelhard,  
Rauff & Knorr,

Abel & Wittkowski, Berlin.

Bei Bezeichnung sind 10 % baar oder an hiesiger  
Börse courshabende Papiere zu deponieren.

Berlin, d. 24. Septbr. 1867.  
(7481)

**Das Gründungs-Comité.**

C. Deibel.

Kuehnuemann, Scabell,  
Geb. Finanz-Rath und Geh. Regier.-Rath u.  
Haupt-Justiziar. Brand-Director.

Drews, Hermann Rauff,  
Justizrahd. Firma: Rauff & Knorr.

Herrmann Geber, Betriebs-Director der Pr. Lehr- u. Gar.-Versich.-  
Act. Gesellsch. „Friedrich Wilhelm.“

1868

1869

1870

1871

1872

1873

1874

1875

1876

1877

1878

1879

1880

1881

1882

1883

1884

1885

1886

1887

1888

1889

1890

1891

1892

1893

1894

1895

1896

1897

1898

1899

1900

1901

1902

1903

1904

1905

1906

1907

1908

1909

1910

1911

1912

1913

1914

1915

1916

1917

1918

1919

1920

1921

1922

1923

1924

1925

1926

1927

1928

1929

1930

1931

1932

1933

1934

1935

1936

1937

1938

1939

1940

1941

1942

1943

1944

1945

1946

1947

1948

1949

1950

1951

1952

1953

1954

1955

1956

1957

1958

1959

1960

1961

1962

1963

1964

1965

1966

1967

1968

1969

1970

1971

1972

1973

1974

1975

1976

1977

1978

1979

1980

1981

1982

&lt;